

für Halle monatl. bei zweimal. ... Nr. 464.

Sozial-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Die 8 gefaltene 34 mm breite ... Einzelpreis 40 Pf.

Die Regierungsumbildung.

Bertragung der Verhandlungen auf nächste Woche.

Die getriggen interfraktionellen Besprechungen beim Reichskanzler Dr. Wirth über die Frage der Kabinetts- ... Die Verhandlungen über die Regierungsumbildung wurden darauf auf nächste Woche übertragen.

Diesem Tatbestand suchen völksparteitliche Blätter, die sich über die von ihnen zu befolgende Politik anscheinend nicht ganz klar sind, wieder zu verschleiern. So kann man einerseits lesen, daß die Frage der Aufnahme der Unabhängigen in die Koalition gar nicht erwäht worden wäre, während wenige Zeilen weiter verhandelt wird, daß Zentrum und Demokraten gegen die Sozialdemokraten Stellung genommen hätten, so daß heute auch eine Koalition mit den Mehrheitssozialisten nicht mehr in Frage käme.

Dagegen will uns eine andere Meldung aus Kreisen der Volkspartei wesentlich wahrheitsvoller dünken. Sie besagt, daß die Deutsche Volkspartei namentlich auch ein Programm für ihren Eintritt in die Koalition ausgearbeitet habe, von dem sie unter keinen Umständen abgehen will.

Die Meldung wird sich in dieser Form wahrheitsgemäß und nicht bewahrheiten. Für die Annäherung an die Deutschnationalen kommt wohl nur ein kleiner rechter Flügel der Volkspartei in Frage, mit dessen Ausscheiden aus der Partei für den Fall des Zustandekommens der Koalition gerechnet werden muß und seitens der koalitionsfreundlich orientierten Mehrheit auch gerechnet wird.

Allen diesen Quertreibereien zum Trotz wird die große Koalition hoffentlich bald zur Tatsache werden.

Die Regierungsneubildung in Preußen.

Die Besprechung beim Ministerpräsidenten Stengerwald über die Frage der Regierungsneubildung in Preußen hatte gleichfalls kein positives Ergebnis. Es wurde beschlossen, daß jede Fraktion ihre Grundzüge für weitere Verhandlungen und ihre Forderungen an die künftige Regierungspolitik schriftlich formulieren soll.

der Fraktionsführer mit dem Ministerpräsidenten Stengerwald, die am Donnerstag stattfinden soll, beraten werden.

Entscheidung über Oberschlesien am nächsten Sonntag.

Paris, 3. Oktober. Nach einer Havas-Meldung aus Genf bestätigt es sich, daß der Völkerrundrat in der Lage sein werde, sein Gutachten über die ober-schlesische Frage nächsten Sonnabend oder Sonntag bekannt zu geben. Der Temps fügt dieser Meldung hinzu, der Völkerrundrat werde an diesem Tage dem Obersten Rat der Mächte die Lösung mitteilen, die er für die Teilung Oberschlesiens empfiehlt.

Lösung der Burgenlandfrage.

Die Ungarn wollen räumen. — Weisungsratskonferenz in Rom. Prag, 3. Oktober.

Die ungarische Regierung hat heute dem österreichischen Ministerium des Auswärtigen die Mitteilung an die Weisungsratskonferenz zur Kenntnis gebracht, daß sie die weisungsratsrechtliche Komitologie der selbständigen Freistädte räumen werde. Wien, 3. Oktober.

Allen Anschein nach werden die ungarischen Truppen das Burgenland heute räumen. Die interalliierte Generalkommission soll zum Schutze der Bevölkerung in Debrecen bleiben und ein Bataillon in Odenburg unter dem Kommando eines französischen Offiziers als internationale Truppe dort gelassen werden.

Die Uebergabe der weisungsratsrechtlichen Komitologie an Deutschland soll durch ein Uebergabeprotokoll festgelegt werden. Die interalliierte Generalkommission hat bei der österreichischen Regierung angefragt, ob sie geneigt sei, ihren Vertreter in Debrecen zu beauftragen, am heutigen Tage das Uebergabeprotokoll zu unterzeichnen und zur Begleitung des Landes zu begleiten.

Die österreichische Regierung hat geantwortet, daß eine solche Uebergabeformel vollkommen illusorisch sein müsse, solange sich das Land in den Händen der Banden befinde. Österreich sei daher nicht in der Lage, seinen Vertreter in Debrecen zur Unterzeichnung dieses Uebergabeprotokolls anzuweisen und ebensowenig könne zur Begleitung des Landes sprechen.

Eine amtliche Mitteilung besagt: Der von der Weisungsratskonferenz am Sonntag gefällte Beschluß, die italienische Regierung zu beauftragen, mit Vertretern Österreichs und Ungarns über die Burgenlandfrage zu verhandeln, kann nicht als endgültig angesehen werden. Die englische Regierung hat ihre Zustimmung zu dem italienischen Antrag noch nicht gegeben. Nach dem 'Zeit Pariser' hat man diese Zustimmung bis gestern abend vergeblich erwartet.

Das „Verbrechen“ eines deutschen Arztes.

München, 3. Oktober. Im Pariser 'Figaro' und dem 'New York Herald' veröffentlichte ein angeblich amerikanischer Chirurg Dr. James ein Schauererzählung über die Mißhandlung seines Kindes in einer Münchener Klinik. Dem Kinde, das, wie der amerikanische Chirurg selbst angibt, an Augenbereinigung erkrankt war, sei durch den Operateur, nachdem dieser den Vater aus dem Operationsaal entfernt hatte, aus Mache der Verunsicherung gemacht und überfüllterweise ein paar Rippen herausgeschnitten worden. — Es handelt sich um den weltberühmten Münchener Chirurgen Prof. Sauerbruch, der dieses angebliche Verbrechen begangen hat. Daß aus Mache, weil Dr. James während der Kriegszeit franzosenfreundlich ist, bestätigt habe und weil er wegen ungebührlichen Benehmens aus dem Operationsaal entfernt wurde, ein deutscher Arzt und in der Welt eine verflümmelte Operation vorgenommen hat, ist so absurd, daß jedes Wort zu viel ist, das darüber verbreitet wird. Wenn Dr. James wirklich Chirurg ist, so muß er auch wissen, daß dieartig schwere Verletzungen der Brust nur durch eine ausgiebige Behandlung des Bruchtheiles abgeheilt werden können und dies nur durch Resektion der Rippen geschehen kann.

Reichstagspause.

Von C. Delius, M. d. R.

Der Reichstag hat nach einwöchiger Dauer seine Volltätigkeit bis Anfang November verlagert. Bei der Fülle der in neuen Deutschland zu lösenden Fragen kann es natürlich nie an reichgeheißiger Arbeit fehlen. Es hat aber keinen Zweck, maßlos vorbereitete Beschlüsse — die über mehrfach gefaßt — vorzeitig zur Verabschiedung zu bringen. Deshalb war es richtig, jetzt die Beratungen für die Steuergeetze nicht zu stören. Da von der befriedigenden Lösung dieser Frage mehr oder weniger alle anderen Fragen abhängen, hatte die Vertagung des Reichstages jetzt keinen Wert. Zudem ist nur von Vorteil für die künftige weitere Entwicklung, wenn der gerade jetzt mehr als reichlich vorhandene Jüdisch nicht immer zu neuen Enttäuschungen im Parlament führt. Nach dem Vorgange der letzten Beratungen ist leider anzunehmen, daß man, anstatt zusammenzukommen, sich hübsch an der Hand der Reden. Die große politische Debatte der letzten Woche hat des beinahe erreicht. Bei uns glaubt man immer noch, sich den rücksichtslosen inneren Kampf in einem Augenblick gefast zu können, wo zur Begegnung der uns drohenden Gefahren nur allein weitgehendes Zusammenarbeiten nötig ist. Und bei solcher Berücksichtigung der gegen die Regierung Dr. Wirth beliebten gefälligen Kampfesart muß man doch sagen, daß es verdienstvoller für den Kanzler gewesen wäre, seine Rede mehr auf die große Linie einzustellen. Dabei hätten auch die Reichs- und Volkskammern nicht so früh zu kommen brauchen. Allerdings hat ja der deutschnationalen Führer Hergt viel verdorben. Seine Ausführungen waren eine Kampfanzeige an die Reichsregierung in härtester Form. Die gabme Absichtlichkeit der Reichspolitiker durch Hergt machte bei den Parteien keinen Eindruck. Die Ansicht kann nicht erschüttert werden, daß auf dem Boden der deutschnationalen Verheerung die Klänge von Wanktaten und untreuen Elementen entstanden sind. Die Redner aller Parteien unterließen das noch besonders. Eine Ausnahme machte nur die Brandenburger der Deutschen, die die Deutsche Volkspartei. Die beinahe unerschütterliche Rede des Abgeordneten, die selbst in den Kreisen der Volkspartei enttäuscht, fiel nicht noch mehr ab, weil die beiden einflussreichsten Minister v. Brandenfenck und Sepp Deterer ebenso ungeschickt verfahren wie Hergt. Im ganzen waren die zweitägigen Verhandlungen wenig erhebdend. Rechte und Linke haben gezeigt — das kam namentlich durch die erregten Zwischenrufe immer wieder zum Ausdruck —, daß es ihnen an der nötigen Würde fehlt. Wehe dem deutschen Volke, wenn eine der beiden Richtungen das Sanktuarium in die Hand bekäme! Auf ihre Rechnung kamen schließlich die Abenteurer Tribünenbesucher, die an dem sogenannten großen Tage ihren Gelassenen fanden und sich tollt amüsierten.

Schwärzler wollen in dem Ausgang der Besprechung auch das Zerfallen der im Werden begriffenen neuen Regierungsbildung sehen. Wenn auch die Rede Wirths staatsmännlicher hätte sein können, so leudtet mir doch nicht ein, wieso sie die Brücke zur Volkspartei zerstörte. Es sei denn, daß die Volkspartei unter den Kolbenschlägen Wirths gegen rechts sich mitgetroffen fähigte. Bei den sehr starken Meinungen gewisser einflussreicher Kreise in der Volkspartei für die Deutschnationalen, was sich wieder in den verschiedenen Zwischenrufen zeigte, wäre die Bestimmung sehr wohl verblieben. Ich glaube aber nicht, daß diese momentane Verärgerung lange anhalten wird. Die schwerwiegendsten Kreise der Volkspartei wollen diesmal mit in der Regierung sein, wenn über die wirtschaftlichen Fragen entschieden wird. In dieser in letzter Zeit wiederholt befundenen Stellungnahme liegt die beste Rechtfertigung für die Politik der Deutschen demokratischen Partei, die von der Volkspartei bei allen Kampfstößen nicht gerade immer mit angedrückten Waffen bekämpft und jetzt von ihr nach dem unerbittlichen Schaden anerkannt worden ist, als die einzig mögliche, auch von Herrn Stresemann, bezeichnet wird. Mehr Gefahr für das Scheitern der Neubildung könnte man in dem Beschluß der Mehrheitssozialisten in ihrer letzten Fraktionsversammlung sehen, wenn nicht die Unabhängigen jetzt nach der Rechtschwendung der Sozialisten auf ihrem Götteraltar Parteitage sich erst recht abnehmend verhalten werden. Jedenfalls sind durch das unter dem Druck gewisser ärztlicher Organisationsbeschlüsse zustande gekommene Anerbieten an die Unabhängigen die Verhandlungsmöglichkeiten mit der Deutschen Volkspartei auch nach Ansicht des 'Korwats' keineswegs unterbunden. Man lasse der Entwidlung nur Zeit und schäpe gelegentliche Vermunnen nicht zu hoch ein. Die Demokraten haben seit ihrem Eintritt in die Regierung Wirth immer wieder die Vorbereitung der Regierungsbasis durch Hinzutritt der Volkspartei lediglich aus Gründen der Staatsnotwendigkeit gefordert. Der Weg wird weitergegangen werden. An irgendwelchen Personenfragen dürfen die neuen Partner die Regierungsbildung nicht scheitern lassen. In dem Reichskanzler Wirth sehen auch wir Demokraten den Mann, der zuerst im Inlande und Auslande das größte Vertrauen genießt. Deshalb halten wir an ihm im gegenwärtigen Augenblick fest, wenn wir auch andererseits an ihm aussetzen haben und namentlich eine größere Zurückhaltung in seinen Reden im Interesse einer stetigen Politik nur wünschenswert wären. Die Umbildung im Reich hat mit der Freundschaft gleichzeitig zu erfolgen. Wenn die Frage der Regierungsbildung in Preußen weniger bedeutungsvoll ist, so muß doch ihre Lösung schnellstens erledigt werden, denn eine Regierung, die völlig in der Luft schwebt, ist auf die Dauer unzulässig. Die Personfrage ist hier nicht in Betrachtend; ob Stengerwald oder Braun, hat sehr sekundäre Bedeutung. Viel wichtiger

